



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

189 (24.4.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-210588](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-210588)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Druckpreis: In Mannheim und Umgebung pro 100...
Anzeigenpreis: Bei Vorauszahlung die 1. Seite M. 600.-
Stellen- u. Personalausgaben, von Mannheim ermäßigte Preise
Nationalen M. 2000.-, Annoncenblatt: Mittwoch, vorm. 7., Uhr.
Abendbl. nachm. 7., Uhr. Die Anzeigen an bestimmten Tagen,
Stellen u. Ausgaben, wird keine Verantwortung übernommen.
Straßen, Telefonnummern, u. dergleichen, zu keinen Erhebungs-
zwecken, od. befristet, Angab. od. Verw. zu machen, v.
Angab. Austr. d. Fernspr. od. dergleichen. Versteht. Mannheim

Anzeigenpreis: Bei Vorauszahlung die 1. Seite M. 600.-
Stellen- u. Personalausgaben, von Mannheim ermäßigte Preise
Nationalen M. 2000.-, Annoncenblatt: Mittwoch, vorm. 7., Uhr.
Abendbl. nachm. 7., Uhr. Die Anzeigen an bestimmten Tagen,
Stellen u. Ausgaben, wird keine Verantwortung übernommen.
Straßen, Telefonnummern, u. dergleichen, zu keinen Erhebungs-
zwecken, od. befristet, Angab. od. Verw. zu machen, v.
Angab. Austr. d. Fernspr. od. dergleichen. Versteht. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag, Aus der Welt der Technik, Gesetz u. Recht, Modezeitung, Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Die Vorbereitungen in Berlin

Berlin, 24. April. (Von unv. Berl. Büro.) Die Beratungen über den neuen Schritt der deutschen Regierung sind in vollem Gange. Gestern haben Besprechungen unter den zuständigen Ministern stattgefunden. Das Reichskabinett ist jedoch entgegen anders lautenden Meldungen gestern nicht zusammengetreten. Die Konferenzen werden auch heute fortgeführt werden. Es ist, wie wir hören, in Aussicht genommen, Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsstab zur Aussprache heranzuziehen.

Im „Dailly Telegram“ stand zu lesen, die offenbar in Berlin herrschende Auffassung, daß Lord Curzon sich in seiner Rede als erheblicher Waffler entzogen habe, sei durchaus irrtümlich und geeignet, zu Trugschlüssen zu verleiten. Dazu möchten wir bemerken, daß nach unserer Kenntnis in amtlichen Berliner Kreisen niemals davon gelaugt worden ist, ein neues Angebot etwa nur an England zu richten. Man war sich an hiesigen maßgebenden Stellen durchaus klar darüber, daß Deutschland nicht mit einem Beschlag an eine einzelne Macht der Mächte herantreten könnte.

Im übrigen muß davon gewarnt werden, allzu große Hoffnungen auf die weitere Entwicklung der Dinge zu setzen. Man darf die noch zu überwindenden Schwierigkeiten keineswegs unterschätzen. Die wesentlichste scharfe Haltung der Pariser Besprechungen der Rede Lord Curzons vor allem bedeutet noch wie vor ein ernstes Hindernis auf dem Wege der Verständigung. Jedenfalls möchten wir annehmen, daß noch mehrere Tage vergehen werden, ehe man genauer über die deutsche Absicht zu hören bekommen wird. Vor Ende der Woche ist ein positives Ergebnis der augenblicklichen Besprechungen nicht zu erwarten.

Ueber die Vermittlungsbereitschaft Englands

erfährt die „Z.“ aus London, daß alle Blätter auf Grund häufiger gemeinsamer Informationen betonen, daß die in der deutschen Presse gegenwärtigen Forderungen aus der Curzonrede, England sei nunmehr bereit, zwischen Deutschland und Frankreich zu vermitteln, und zu zurecht zu finden. Lord Curzon habe lediglich angedeutet, wie Deutschland in der Lage sei, zu Verhandlungen mit den Mächten zu gelangen. Im Falle eines deutschen Angebots werde es von der Stellungnahme der alliierten Regierungen abhängen, wann und wo es zu Verhandlungen komme.

Der Berliner Berichterstatter des „Dailly Chronicle“ will wissen, daß die Reichsregierung bereits mit den Führern der deutschen Industrie über die Garantien für ein 40 Milliardenangebot (?) verhandelt habe.

Lord „Dailly Mail“ wird in maßgebenden Londoner Kreisen als Bericht energisch demotiviert, als ob die englische Regierung Deutschland geraten hätte, eine bestimmte Summe für die Reparationen anzubieten. Die Aktion Englands beschränkt sich nur darauf, in allgemeiner Weise Deutschland anzurufen, sich in taftvoller Weise Frankreich zu nähern. Insbesondere sei Deutschland davor gewarnt worden, etwa die Formeln aufzustellen, daß kein Angebot angenommen werden müsse oder daß es überhaupt zurückgezogen würde.

Nachkänge zu den Mülheimer Krawallen

Mülheim (Ruhr), 24. April. Der Arbeiter Cinner, der am Donnerstag den Oberbürgermeister Lemde beinahe erschossen hätte, in demselben Augenblick aber von einer Kugel aus dem Rathaus getroffen wurde, in seinen Verletzungen erliegen. Die Zahl der Todesopfer ist auf sechs gestiegen. Die flüchtigen Aufrechter haben sich unter französischer Schutz gestellt und sind am Samstag auf die Insel Heligoland gebracht worden, wo sie in Kasernen untergebracht wurden. Bei der politischen Vernehmung haben einige Gefangene ausgesagt, daß sie von den Franzosen Gewehre und Karabiner bekommen hätten. Dem gegenüber hat der französische Bataillonskommandant der Stadtwache mitgeteilt, daß mit seinem Wissen keine Waffen an die Aufständischen geliefert worden seien. Der durch die Verurteilung der Teilnehmer am Rathaus verurteilte Schaden wird auf 8 Millionen Mark geschätzt.

Daß das kommunistische Vorgehen im Ruhrgebiet von den Franzosen begünstigt wird, dürfte einwandfrei durch eine der „Rheinischen Zig.“ von unrichtiger Seite zurechende Mitteilung bestätigt werden. Der Gewährsmann des Blattes meldet, daß beobachtet wurde, daß Kommunisten undenkbar in die Nachkategorie der Franzosen gingen und sie mit Gewehr wieder versahen. Auffallend ist insbesondere die Tatsache, daß nur deutsche, aber keine französischen Waffen bei den Kommunisten gefunden werden. Auch ist zu bemerken, daß die Franzosen der von den Kommunisten zugekauften Waffenlieferung ruhig zusehen und die kommunistischen Posten ganz unbeeinträchtigt stehen.

Der Deutsch-tschechische Ausweisungskonflikt

Berlin, 24. April. (Von unv. Berl. Büro.) Von unrichtiger Seite wird uns berichtet, daß am 26. April in Berlin die Verhandlungen über die Ausweisungen von Tschechen und Deutschen ihren Anfang nehmen werden. Von deutscher Seite werden die Verhandlungen geführt von Ministerialrat Köpfe, Legationsrat von Weizsäcker und Konsul König. Von Prag aus sind bedauerlicherweise durchaus unzutreffende Angaben über die Verhandlungen durch die Tschechen verbreitet worden. Darnach sollten aus Deutschland 250 Tschechen, dagegen aus der Tschechoslowakei 77 Reichsdeutsche ausgewiesen worden sein. Die erste Zahl ist bedeutend zu hoch und die zweite viel zu niedrig gehalten. Die Gründe einer solchen tendenziösen Einstellung liegen auf der Hand.

Rumänische Eisenbahnräuber

Berlin, 24. April. (Von unv. Berl. Büro.) Der Kurier der rumänischen Eisenbahn in Putarești, Kapitän Shaw, reiste, wie der „Z.“ aus Wien gedruckt wird, mit einem besonders wichtigen Koffer und einer größeren Summe in englischen Banknoten mit dem Gepäck nach Constanza. Auf der Donaubrücke bei Cernomona trafen mehrere Personen in das Abteil des Kuriers, bestanden ihn mit Keil und Raubten in den Koffer mit den Aktien und dem Geld. Die Räuber stiegen in der Station Walschdorf aus. Ihre Verfolgung ist eingeleitet. — Wie die Generaldirektion der rumänischen Eisenbahn weiter mitteilt, überließen am vergangenen Freitag eine mit Revolver- und Maschinenpistolen bewaffnete, gut organisierte Räuberbande auf der Strecke Rădăuți—Ighina einen Personenzug. Breiten den Lokomotivführer durch Schüsse nieder, töteten 5 Passagiere und verwundeten 23 schwer. Die Bande raubte dann den Personenzug vollständig aus und tauchte sich unversehrt mit ihrem Raube entzogen.

Die Lage im Ruhrgebiet

Neue Besetzung von Schächten
Die Schächte Dahlhauser Tiefbau und Victoria in Eilen sind besetzt worden. Auf letzterem trat die Besatzung in den Proteststreik, doch wurde die Besatzung später nach Verhandlungen mit der Befehlshaberbehörde ein, um Deputatskräfte zu fördern.

Die Beeinträchtigung des Schulunterrichts

Durch die fortgesetzte zunehmende Besetzung von Schulen zu Befehlswegen wird die Unterrichtsmöglichkeit von Tausenden von Kindern beeinträchtigt. In Roddinghausen sind von acht großen Schulen sechs von den Befehlshaberbehörden requiriert worden, wodurch 4000 Schulkinder aus ihrer Bildungstätte vertrieben worden.

Strafen wegen angeblicher Sabotage

Wegen angeblicher Sabotage an französischen Telefonzentralen wurde von der Befehlshaberbehörde in Witten die Hälfte der abonnierten Leitungen der Telefonzentrale Witten von gestern ab auf die Dauer von einer Woche außer Betrieb gesetzt. Im benachbarten Eisdorf wurde aus demselben Grund von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh die Verkehrsperle verhängt.

Auch Akten werden fortgenommen

In der letzten Zeit sind bei der Patrouille in Scharnhorst auch Rechtsamtsakten abgeholt worden. So wurden einem Rechtsanwalt vom Oberlandesgericht in Hamm sämtliche Akten, die er auf der Fahrt ins Gerichtsgebiet mit sich führte, abgenommen. Es hat nach diesen Informationen den Anschein, als ob die Franzosen nunmehr auch gegen die Rechtsamtsakten vorgehen wollten.

Die Rotschente

Am 23. April haben die Franzosen die Jache Prosper II besetzt. Auf den Halben waren 2000 Tonnen Kohlen und 6-8000 Tonnen Rots. zehn beladene Wagen stehen auf den Anschlußgleisen.

Die „Matin“ teilt mit, erklärte das Ministerium für öffentliche Arbeiten seine Meinung aus Berlin, daß der nach Frankreich transportierte Rots von deutscher Seite auf demselben Wege unbrauchbar gemacht worden ist, für falls. Der abgehende Rots bleibe vor seiner Abfertigung nach Frankreich einer chemischen Analyse unterworfen.

Erleichterungen für die Gefangenen

Den wiederholten Vorstellungen der deutschen Verteidiger ist es gelungen, im Hauptquartier in Düsseldorf zu erreichen, daß in Zukunft alle Fälle durch die französische Gefängnisverwaltung gemeldet werden müssen, in denen die Verhafteten über acht Tage ohne gerichtliche Vernehmung und ohne Mitteilung des Anklagegrundes festgehalten werden. Ferner sind die französischen Anklagevertreter angehalten worden, nicht mehr, wie es vielfach bisher gehandhabt worden ist, die Termine erst 24 Stunden vorher anzugeben, sondern so rechtzeitig, daß die Möglichkeit bleibt, die Verteidigung ausreichend vorzubereiten.

Zuckerbrot und Peitsche

In Mainz fand eine Verhandlung zwischen Mitgliedern der französischen Eisenbahnregie und 20 gelobten deutschen Eisenbahnbediensteten über die Wiederaufnahme des Dienstes durch die deutschen Beamten unter französischer Regie statt. Die französischen Unterhändler, an ihrer Spitze ein Chefingenieur und Major Simonet gaben folgende Erklärung ab:

Die Zeit für kurze Zeit unterbrochenen Massenausweisungen gehen unweigerlich weiter bis zum letzten Eisenbahner, wenn das Personal auf seinem abnehmenden Standpunkt beharrt. Die französische Regie braucht die deutschen Eisenbahner nicht. Sie kann Polen und Dörfelreicher genug haben. Sie will aber aus Rücksicht auf die rheinische Bevölkerung nichts unversucht lassen, um Einheimische zu gewinnen. Die deutsche Reichseisenbahnverwaltung kommt niemals wieder, gleichgültig in welcher Form das rheinische Eisenbahnnetz künftig betrieben werde. Wer sich jetzt der Regie zur Verfügung stellt, kommt in gleich gute Lage, wie er vorher war. Die späteren Kommanden müssen von unten anfangen. Den Ausgewiesenen ginge es im unbedingten Deutschland schlecht. Ihnen drohe in erster Linie Entlassung durch die deutsche Reichsbahn in Auswirkung des fürstlich im Reichstag wieder besprochenen Beamtenabbaues. Falls wider Erwarten die französische Sache nicht siege, hätten die zu den Franzosen übergetretenen Eisenbahnbediensteten nichts zu befürchten. Man würde sie erforderlichenfalls in Frankreich unterbringen und gütlich großmächtig entlassen (?).

Die deutschen Eisenbahnbediensteten erklärten einstimmig, zu solchen Verhandlungen nicht bevollmächtigt zu sein. Außerdem wären sie nicht gewillt, den Dienst zu brechen. Die Franzosen bemerkten darauf, daß sie eine neue Vereinbarung von bevollmächtigten Eisenbahnern in der Nähe der Grenze des besetzten Gebietes anberaumen würden. Sie wird ebenfalls „erfolgreich“ werden!

Schon wieder ein Eisenbahnunglück

Eilen, 24. April. Auf der von den Franzosen besetzten Hauptstrecke Eilen Hauptbahnhof—Rau-Süd fand am 20. April vormittags 9 Uhr bei dem Verschiebebahnhof Eilen-Hauptbahnhof zwei Güterzuglokomotiven und mehrere Güterwagen entgleist. Zur Verhütung des Unfalls wurde ein Gerätewagen von Wenden herangezogen. Die Strecke war am folgenden Mittag noch unbesetzt. Der Sachschaden scheint nicht unerheblich zu sein.

Spenden für die ausgewiesenen Pfälzer

Der Hauptstiftstelle für die Pfalz in Heidelberg wurde durch Vermittlung eines Professors der Universität Heidelberg die Summe von 300 000 M. überwiesen, die eine Italienerin für unsere ausgewiesenen Pfälzer Landsleute gespendet hat. Dergleichen hat ein holländischer Hilfsauschuß 1 200 000 M. überwiesen lassen. Diese Spenden aus dem Ausland sind ein Beweis dafür, daß die Stimme der Menschlichkeit im neutralen und früher feindlichen Ausland nicht ganz verstummt ist. Ueber die Verteilung dieser Spenden wird ein Komitee der Deutschen für die Vertriebenen eingerichtet.

Die Hauptstiftstelle für die Pfalz, Heidelberg, Klingentelstr. 3 ist gerne bereit, weitere Beträge entgegenzunehmen und sie ihrem Zweck zuzuführen.

Paris, 24. April. Die neuen Verordnungen der Banque Industrielle de Chine, darunter André Berthelot, sind durch Befehl des Anklageorgans nunmehr in den Anklagezustand verlegt worden. Die Verhandlung findet vor dem Strafrichterhof, jedenfalls in Paris statt.

Die Lasten des Friedensvertrags

2,2 Billionen

Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages für 1923 hat infolge der fortgeschrittenen Geldentwertung völlig neu aufgestellt werden müssen. Zu Grunde gelegt ist darum die Berechnung derjenigen Aufträge, die in fremder Währung zu zahlen sind, ein Umrechnungskurs nach dem Dollarkurs von 1:20 000, demgemäß 5000 Papiermark für eine Goldmark. Der Haushalt habe bisher im Ordinarium mit einem Ausgabebedarf von 84,5 Milliarden Mark abgedeckt. Jetzt steigt sich die Ausgabe auf 1,4 Billionen Mark. Im Extraordinarium steigen die Ausgaben von 121,9 Milliarden Mark des bisherigen Anklages auf 808,2 Milliarden Mark. Der Gesamtzuschußbedarf erhöht sich hierdurch von 206,4 Milliarden Mark auf 2,2 Billionen Mark, wovon 99,6 Milliarden Mark aus der Zwangsanleihe gedeckt werden sollen. Es darf nicht vergessen werden, daß in diesem Gesamtbetrag von 2,2 Billionen Mark Mittel für die eigentlichen Entschädigungszahlungen gar nicht enthalten sind, da eine Abmachung darüber, wie hoch sie für 1923 zu bemessen sind, bis jetzt noch nicht getroffen ist. Enthalten sind in dem Betrage lediglich 63,2 Milliarden Mark für Entschädigungszahlungen und 500 Milliarden Mark für Entschädigungszahlungen ausschließlich Vieh, insgesamt 563,2 Milliarden Mark. Die Restausgaben von 1,6 Billionen Mark laufen neben den eigentlichen Entschädigungszahlungen her und kommen der Verringerung unserer Entschädigungsschuld nicht zu Gute.

Der Ausgleichsfonds des ordentlichen Haushalts, der mit 30 Milliarden ausgedacht war, ist gestrichen worden, der des außerordentlichen Haushalts von 60 auf 118,4 Milliarden M. erhöht worden. Für 1923 hätte die Entschädigungskommission entschieden, daß die Kosten für die Besatzungstruppen durch die laufenden Staatseinnahmen seien. Diese Entscheidung galt nur für 1922, so daß auch diese Kosten jetzt wieder besonders aufzubringen sind. Es haben deshalb allein für die Interalliierte Rheinlandkommission 88 Milliarden M. für die Unterhaltung der Besatzungstruppen und die damit zusammenhängenden Leistungen 228,5 Milliarden M. eingeleistet werden müssen.

Der Ankauf für Bauten für die Besatzungstruppen hat von 10,3 auf 308,4 Milliarden M. erhöht werden müssen. Daraus sollen 78,5 Milliarden M. für Kasernen, Proviantküchen, Bäckereien, Flugplätze, Reitbahnen, Egerien- und Sportplätze bereitgestellt werden. Für 47,2 Milliarden Mark sollen die bereits erstellten 4 665 Offizierskasernen nebst Ausstattung um weitere 400 Kasernen vermehrt werden, für 138,7 Milliarden Mark weitere 800 Unteroffizierskasernen nebst Ausstattung errichtet werden. Die Unterbringung der interalliierten Ueberwachungsausschüsse, darunter 380 Offiziere, 594 Mannschaften mit 201 Kraftwagen und 24 Motorzügen, kostet anstatt 145 Millionen Mark jetzt rund 44 Milliarden Mark.

Der Zwang, unsere erprobten, leistungsfähigen Fabriken für die Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsgüter aufzugeben und die vorhandenen Maschinen zum großen Teil zu zerstören und anstatt dessen die Herstellung neuer nicht geübten und darauf nicht eingerichteter Fabriken zu übertragen, die allen zu entschädigen, den neuen mangels ausreichender Aufträge beihilfen zu gewähren und die Patente von den alten Fabriken für die neuen zu erwerben, verursacht im Rechnungsjahr 1923 eine völlig unnötige Ausgabe von 16,5 Milliarden Mark. Die Ausgaben für Fischfangsflotte haben von 5,5 auf 47,2 Milliarden gesteigert werden müssen.

Deutsches Reich

Der „Sprengungs“-Antrag im Reichstag

Berlin, 24. April. (Von unv. Berliner Büro.) Der sogenannte „Sprengungsantrag“, durch den ein Schuh gegen die mutwilligen und terroristischen Störungen von Verleumdungen gestrichen werden soll, wird, wie wir annehmen möchten, vor der am Donnerstag beginnenden Pause nicht mehr verhandelt werden. Man will in vielen Tagen reichlicher außenpolitischer Zuspaltung alles vermeiden, was dem Ausland ein Bild innerdeutscher Zerfälligkeit bieten könnte. Es wäre wohl auch damit zu rechnen, daß aus solchem Anlaß die Parteien der Linken gegen Bayern erneut allerhand Vorwürfe erheben würden.

Die Ueberweisungen des Reichs an die Länder

Die Geschäftsstelle des Bayerischen Städtebundes teilt mit: Zu den zuletzt vom bayerischen Finanzministerium angewiesenen Beitragsgemehrungszuschüssen des Reiches in Höhe des 31-fachen Betrages der für Dezember 1922 ausgeschütteten Beträge folgen nach weitere Ueberweisungen zur Bezahlung des am 15. Mai fälligen Quartals eines Monatsgehältes. Die Ueberweisung des 1/3-fachen Betrages der Dezemberzuschüsse ist vom Städtebund beantragt. Eine Ueberweisung von Steueranteilen ist ebenfalls für April in Aussicht gestellt.

Letzte Meldungen

Zerstörung der Russenkirche in Warschau

Warschau, 24. April. Im Sejm stimmten heute alle politischen Parteien für den Beginn der Zerstörung der prunkvollen Russenkirche auf dem Sackplatz in Warschau, die bei Gelegenheit der Anwesenheit Jods erfolgen soll. Nur die Deutschen, Ukrainer und Russen traten für die Rettung dieses Bauwunders ein. Die Juden hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Großherzog Wilhelm Ernst

Weimar, 24. April. Der ehemalige Großherzog von Sachsen-Weimar Wilhelm Ernst ist heute nach in Heinrichshaus in Schlesien an Lungenerkrankung gestorben. Der Verstorbene war geboren am 10. Juni 1876 in Weimar als Sohn des Großherzogs Karl August. Nach dem Tode seines Vaters im November 1884 wurde er Großherzog und folgte am 5. Januar seinem Großvater Karl Alexander, der 48 Jahre regierte hatte, auf dem Thron nach. Seiner Regierung machte die Revolution ein Ende.

Köln, 24. April. Das Kruz der Herzogs von Holstein wurde bei dem Durchfahren der Schranke eines Bahnübergangs von einem Güterzug zur Seite geschleudert und zum Teil zerstört. Die Insassen kamen mit leichten Hautschürfungen davon.

Schmerz Explosion. In einer Knappfabrik in Budapest ereignete sich eine schwere Explosion. Bisher sind elf Belegschaftsmitglieder getötet worden. Acht Arbeiter sind lebensgefährlich verbrannt.

